

NDB-Artikel

Ulrich (bis 1856 *Eltze*), *Carl* Theodor Johann|Politiker, hessischer Staatspräsident, * 28.1.1853 Braunschweig, † 12.4.1933 Offenbach. (evangelisch, später freireligiös)

Genealogie

Außerehel. V →Fritz (1829–96), Lokomotivputzer, nach 1871 Schuhmacher, außerehel. S d. →Johann Heinrich Theodor U., Steinhauer, Maurer in B., u. d. Anna Elisabeth Henriette Puls;

M Christiane Auguste (1829–71), T d. →August Christoph Eltze, Soldat, u. d. Johanne Charlotte Brennecke;

⊙ 1) 1876 Katharina (1843–87, kath.), aus Alsfeld, T d. →Heinrich Enders, Tuchmacher, 2) Darmstadt 1920 Helene (1874–1936, kath., ⊙ 1] N. N. Bender), aus Oberbrechen (Kr. Limburg), T d. Heinrich Schwarz, Backofenbauer, u. d. Magdalena Schmidt;

3 S aus 1) Fritz (* 1876), →August (1877–1950), Geschäftsführer d. Verl. „Offenbacher Abendblatt“, Rudolf (1880–1954), 1 T aus 1) Marie Leisle-U. (1879–1963).

Leben

Nach dem Besuch der Volksschule in der Leopoldstr. in Braunschweig 1859–67 und dem Abschluß seiner Lehre als Maschinenbauer verließ U. 1872 Braunschweig für eine zweijährige Wanderschaft, die ihn u. a. durch Sachsen, Hessen, Bayern, Baden, nach Böhmen und in die Schweiz führte. Im Alter von 18 Jahren schloß er sich dem Metallarbeiterverband und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an. 1874 ließ er sich dauerhaft in Offenbach nieder. Sein Rede- und Organisationstalent ebneten seinen politischen Aufstieg. 1875 war U. einer der jüngsten Delegierten zum Vereinigungsparteitag von Lassalleanern (ADAV) und Eisenachern (SDAP) in Gotha, im selben Jahr übernahm er die Redaktion der sozialdemokratischen „Neuen Offenbacher Tageszeitung“ und deren Nachfolgeblätter. Während der Bismarckschen Sozialistenverfolgung ernährte U. seine Familie als Kolonialwarenhändler. 1886 wurde er im Freiburger Geheimbundprozeß neben prominenten Reichstagsabgeordneten wie August Bebel und Ignaz Auer zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt. 1885 als erster Sozialdemokrat in die Zweite Kammer des Hess. Landtags gewählt, war er wie zahlreiche andere Sozialdemokraten außerdem Abgeordneter auf der kommunalen und der Reichsebene: 1896–1918 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung von Offenbach an, 1890–1903 und seit 1907 war er Reichstagsabgeordneter. Sein Arbeitsschwerpunkt blieb aber der

Hess. Landtag. Als praxisorientierter Reformpolitiker hielt er sich aus den Theoriedebatten der SPD heraus und unterstützte während des 1. Weltkriegs die Burgfriedenspolitik der Parteiführung.

Im Nov. 1918 trat U. in Hessen als provisorischer Ministerpräsident an die Spitze einer „Weimarer Koalition“ aus SPD, Zentrum und DDP, seit der Verabschiedung der neuen Verfassung des Volksstaats Hessen im Dez. 1919 mit dem Titel „Staatspräsident“. In dem durch politische Diskontinuität gekennzeichneten politischen System der Weimarer Republik gehörte U. zu den wenigen langjährig amtierenden Spitzenpolitikern. Zu den Herausforderungen seiner Amtszeit gehörte es v. a., Hessen zusammenzuhalten, was ihm trotz der Tatsache, daß ein Viertel der Landesfläche mit einem Drittel der Bevölkerung unter franz. Besatzung stand und sich separatistische Bestrebungen artikulierten, durch eine pragmatische, um Ausgleich bemühte Politik überzeugend gelang. Auf dem umstrittensten Politikfeld in Hessen, der Bildungspolitik, übernahm U. 1922–28 selbst das „Landesamt für Bildungswesen“. Die „Weimarer Koalition“ behielt in Hessen bis 1931 ihre deutliche absolute Mehrheit. U. galt als Symbol der Einheit Hessens, was in dem Beinamen „der rote Großherzog“ seinen Ausdruck fand. 1928 trat er als Staatspräsident zurück, nachdem er mit seiner Koalition rund neun Jahre Regierungschef gewesen war, und verließ nach einer der längsten Abgeordnetenkarrieren der dt. Parlamentsgeschichte und als neben →Georg August Zinn (1901–76) bedeutendster Sozialdemokrat an der Spitze Hessens 1930 den Reichstag und 1931 den Landtag.

Werke

W Erinnerungen d. ersten hess. Staatspräs., hg. v. L. Bergsträsser, 1953 (P);

„...wir sind noch nicht soweit“, C. U., Vorkämpfer f. soz. Demokratie im hess. LT, Reden 1888–1919, hg. v. N. Kartmann, eingel. u. ausgew. v. Th. Lange, 2007;

– *Teilnachsätze*: Hess. StA Darmstadt u. StadtA Offenbach, s. H. Rolf, Nachlaß C. U. (1853–1933), 2003.

Literatur

L K. Storck, Staatspräs. C. U., Aus seinem Leben u. Wirken, 1928 (P);

G. Beier, Arbeiterbewegung in Hessen, 1984;

Parl. im Kampf um d. Demokratie, Der LT d. Volksstaats Hessen 1919–1933, bearb. u. hg. v. E. G. Franz u. M. Köhler, 1991;

T. Haren, Der Volksstaat Hessen 1918/1919, 2003;

Biogr. Lex. Sozialismus;

RThdb. (P);

Stadtllex. Darmstadt (*P*);

Braunschweig. Biogr. Lex. I (*P*);

MdL Hessen; Lilla, Reichsrat.

Portraits

P Gem. v. P. Thesing, 1922 (Hess. Landesmus. Darmstadt)

Autor

Bernd Braun

Empfohlene Zitierweise

, „Ulrich, Carl“, in: Neue Deutsche Biographie 26 (2016), S. 614-615
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
